Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 35 (1943)

Heft: 7-8

Artikel: Arbeitsbeschaffung und Planwirtschaft

Autor: Rimensberger, E.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353128

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Arbeitsbeschaffung und Planwirtschaft.

Von E. F. Rimensberger.

I. National.

Worte werden sehr oft zu den Prügelknaben der Sachen, denen sie den Namen geben. Wo der Begriff, das Begreifen, fehlt, stellen sich, wie schon der Dichter sagt, die Worte ein. Es lässt sich trefflich damit streiten, wobei hüben und drüben oft grosses Unrecht geschieht. Dies war und ist zum Beispiel der Fall beim Wort Sozialismus. Ohne genau zu wissen, was dahinter steckt oder stecken soll, rümpfen die sogenannten bessern Leute beim blossen Aussprechen dieses Wortes die Nase, ja es kommt sogar vor, dass sich Sozialisten untereinander dieses Wort in nicht gerade freundlicher Weise und ohne genau zu wissen, was sie damit meinen, gegenseitig ins Gesicht schleudern. Ein wenig salonfähig ist der Sozialismus erst geworden, nachdem das Wort, das ihm den Namen gibt, durch das Hintertürchen des Nationalismus auf die Bühne der Weltgeschichte getreten und damit seines eigentlichen Sinnes beraubt worden ist. Es ist zu hoffen, dass das Resultat dieses leidigen Intermezzos, nämlich der zweite Weltkrieg, wieder einiges richtiggestellt hat und dem ursprünglichen Sinn des Begriffes zugute kommen wird.

Auch das Wort Planwirtschaft hat etwas von obigem Schicksal abbekommen, ist es doch, wir wollen es nicht verleugnen, mit dem Sozialismus stark verschwägert. Sogar die Missverständnisse über den Sozialismus haften ihm mehr oder weniger an bzw. sie werden auf seine Rechnung geschrieben: die Planwirtschaft wird gerne als starre und sture Staatswirtschaft abgestempelt. Zwar können ihre Gegner das Planen und das Planmässige nicht gut verleugnen, kommt es doch in Technik und Wissenschaft, in Handel und praktischer Wirtschaft überall vor und wird dabei zum Attribut grosser Organisatoren, Erfinder und Staatsmänner. Doch mag man dem Wort Planwirtschaft, wie gesagt, seine Herkunft nicht recht verzeihen. Man will die Religion der freien Initiative, des Manchestertums, die uns so weit und so grosse Zeiten gebracht hat und deren Kirche man nun einmal angehört, nicht ohne Not preisgeben. Besonders gilt dies — wir wollen ein ähnliches Verhalten bei andern politischen und wirtschaftlichen Religionen nicht abstreiten — bei spektakulären Anlässen und in Zeitungen, bei öffentlichen Reden und Schaustellungen.

Dies konnte man zum Beispiel sehr deutlich beim vorwiegend spektakulären Anlass der ETH.-Tagung über Arbeitsbeschaffung bemerken (15./16. April 1943). Wirtschaftsfreiheit und freie Initiative, Unternehmer-Wagemut und Privatwirtschaft wurden dort im Angesicht des Volkes und der Schweiz gewaltig gefeiert und in den Vordergrund gehoben. Sogar der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, Herr Direktor Zipfel, wollte bei diesem Anlass mehr

von einem Programm als von Planwirtschaft sprechen. Dies ist begreiflich und verzeihlich in einer Welt, wo es dem « laisser faire » so ausgesprochen schlecht geht und wo gegen den Willen jener, die dazu gezwungen und dafür verantwortlich sind, der Beweis erbracht wird, dass sich, wenn es für den Krieg geht, eine ganze Welt bis auf den letzten Hosenknopf in vollendeter Planwirtschaft organisieren lässt und dass man es sich — wie rechnerisch im Durchschnitt feststeht — leisten kann, für den kunstgerecht herbeigeführten Tod eines Soldaten mehr als 100,000 Franken auszugeben, während man gegenüber den Lebenden nie auch nur im entferntesten so freigebig glaubte sein zu dürfen.

Wenn man sich aber auch gerne bei jeder Gelegenheit mit dem Lob der Freiheit von diesen Zwangsläufigkeiten erholt, sollte man auf seiten des Liberalismus trotzdem nicht eine zu panische Angst vor dem Wort Planwirtschaft oder jenem des Kollektivismus an den Tag legen. Denn wenn man aus einer Art Reflexbewegung heraus die Privatinitiative überbetont, so kann das Resultat, wie wir an einer andern Stelle gesagt haben, gerade jener Kollektivismus und jene öde Gleichmacherei sein, die man vermeiden will und die wir alle ablehnen.

Mit Recht hat Nationalrat Robert Bratschi auf der besagten ETH.-Tagung darauf hingewiesen, dass verschiedene Staaten und Demokratien sicherlich nicht an einem Uebermass von Kollektivismus, sondern am Gegenteil zugrunde gegangen sind. In der Tat erinnern wir uns sehr gut an die Zeit, wo zum Beispiel im Deutschland der Notverordnungen von Brüning und Papen ebenfalls — wie dies so überzeugt und so oft in den Reden der ETH.-Tagung geschehen ist — mächtig an das freie Unternehmertum appelliert und ihm eine letzte Gnadenfrist gegeben wurde, um im ehrenvollen Spiel der freien Kräfte und in freier Initiative zum Rechten zu sehen und all das zu tun, was den Kollektivismus und die ausgesprochene Planwirtschaft überflüssig machen könnte. Das Resultat ist bekannt!

Man kann in guten Treuen für die Planwirtschaft sein, um gerade jenen aus Not und Chaos geborenen absoluten Kollektivismus zu vermeiden, der sonst ohne unsern oder gegen unsern Willen kommen könnte!

Es ist für beide Seiten, für die Anhänger des Liberalismus und jener der Planwirtschaft, begreiflich, dass sie jene Seite besonders hervorhoben und verteidigten, von der sie kommen. Trotzdem müssen und wollen wir uns im Interesse des Ganzen so oder so in der Mitte treffen. *Wenn dabei die einen in den Wein des äusserst gefährlichen freien Spiels der Kräfte so viel Wasser giessen wie die andern in den ebenso gefährlichen Wein dogmatischer Starr- und Sturheit, so werden wir imstande sein, jenen Absolutismus zu vermeiden, vor dem wir uns alle fürchten und den wir alle ablehnen.*

Eine Voraussetzung dazu ist ohne Zweifel, dass wir uns zunächst darüber klar werden, was Planen und Planwirtschaft überhaupt sind.

Wir wollen dabei grosszügig sein und von einem Artikel der « Neuen Zürcher Zeitung », des höchsten schweizerischen Kronzeugen des Freisinns und Liberalismus, aus gehen. Es heisst darin unter dem Titel « Schweizerische Planung » (Nummer 847 vom 27. Mai) einleitend über den Begriff des Planens: « Die Begriffe ‚Plan' und ‚Planen' kommen von der Technik her. Der Ingenieur, der eine Aufgabe zu lösen hat, tut das zuerst nicht praktisch, sondern er entwirft sein Projekt auf dem Reissbrett und rechnet auf dem Rechenblock. Er kann das, weil er nicht nur die zu lösende Aufgabe ganz genau kennt, sondern auch die Eigenschaften des verfügbaren Materials und die Gesetzlichkeiten, wonach das Ganze zu funktionieren haben wird. Die technische Arbeit hat etwas ungemein Sauberes und Sympathisches. Es handelt sich darum, Fortschritt an Fortschritt zu reihen, einleuchtende Lösungen durch einleuchtendere zu ersetzen; die Hauptqualitäten der Lösung sind eindeutig messbar; das Praktische entpuppt sich zuletzt als das Schöne. Es ist kein Wunder, dass der Wunsch unserer Zeit danach geht, die politische Arbeit der technischen möglichst anzunähern. Konnte die Politik doch nur dadurch so unsympathisch werden, dass in ihr die Einschränkung von Aufgabe und Leistung subjektiv bleibt, Fort- und Rückschritt selber oft schwer zu erkennen sind und der Entscheid zuletzt stets bei Leidenschaften und Gefühlen liegt! »

Das ist sehr schön gesagt. Wir unterschreiben jedes Wort. Die Feststellung läuft darauf hinaus, dass beim Planen das Ziel und die in Frage kommenden Mittel bekannt sein müssen. Das Ziel ist bei unserm Thema die Vermeidung der Arbeitslosigkeit — um jeden Preis! —, und das Mittel ist die Arbeitsbeschaffung. Der Verfasser des soeben erwähnten Artikels, Robert Briner jun., kommt denn auch bei der Behandlung der verschiedenen Aspekte der schweizerischen « Planung » zum Schluss, dass bei dieser Planung die Gefahr der Arbeitslosigkeit im Vordergrund steht und « ihrer Bannung mit Recht in erster Linie die behördlichen Planungsarbeiten dienen ».

Wenn wir sagen, dass das Mittel die Arbeitsbeschaffung ist, so ist natürlich das Problem damit noch nicht gelöst. Es fragt sich sofort, welcher Art die Arbeitsbeschaffung, das « verfügbare Material » sein soll oder — was noch ausschlaggebender ist — sein kann.

Wäre die Schweiz ein mit allen Mitteln und Möglichkeiten ausgestattetes Land, wie es zum Beispiel die UdSSR. oder die USA. sind, so würde sich diese heikle Frage nicht stellen, denn diese Länder sind von der Aussenwelt so unabhängig, dass sie sich jegliche Planwirtschaft und sogar den

Sozialismus leisten könnten. Die Schweiz ist jedoch in maximalem Masse ein von Export und Import abhängiges Land, weshalb sich gebieterisch die Frage stellt, inwiefern in einer anders gearteten Umwelt überhaupt die Mittel für die Planwirtschaft aufgebracht werden können. Wir machen diese Feststellung an erster Stelle, um zu zeigen, dass wir uns dieser Zwangslage durchaus bewusst sind. Souveräne Arbeitsbeschaffung, das heisst ausschliesslich von ihrem eigenen Wollen und Können abhängige Wirtschaftspolitik, könnte die Schweiz nur treiben, und volle soziale Sicherheit könnte sie nur gewährleisten, wenn sie alle Möglichkeiten der Autarkie besässe, was sie in ausgesprochener Weise nicht tut, oder wenn sich nach dem Kriege vielfaltigste Möglichkeiten des freien oder organisierten Wirtschaftens im Rahmen grösserer wirtschaftlicher Räume ergäben. Nach allem, was man von allen kriegführenden Seiten über die Organisierung der Nachkriegszeit zu hören kriegt, scheint die erste Möglichkeit, das heisst jene des freiheitlichen Wirtschaftens und damit der freien Weltwirtschaft, sehr fraglich zu sein, während alle Aeusserungen über das organisierte Wirtschaften derart im vagen bleiben, dass selbst jene, die für diese nach ihrer Ansicht grössere und reichere Gelegenheit sind, beim Gedanken daran mehr Sorge als Freude empfinden.

Was den Arbeitsbeschaffungsplan unserer Regierung betrifft, so setzt er auf alle Fälle die meisten Karten auf die weltweiten Möglichkeiten, das heisst — ob organisiert oder frei — auf den Export. Der Delegierte für Arbeitsbeschaffung geht dabei in seinem Zwischenbericht so weit, dass er ausdrücklich sagt: «Eine durchschlagende und nachhaltige Entlastung des Arbeitsmarktes ist nur vom Sektor unserer Aussenwirtschaft aus möglich. Hier sind die primären Regenerationskräfte zu suchen, die den ganzen wirtschaftlichen Organismus des Landes zu beleben vermögen. Hier liegt die Schlüsselstellung aller schweizerischen Arbeitsbeschaffungspolitik.» Wenn jedoch die Welt- und damit die Aussenwirtschaft nach dem Krieg ein Chaos oder eine Zwangswirtschaft ist? Lässt sich da von uns aus planen? Die Frage beantwortet sich von selbst. Müssen wir da nicht alles tun, um das zu planen, was wir in höherem Masse planen können, nämlich unsere Binnenwirtschaft und unsere eigenen souveränen Möglichkeiten, zu denen zum Beispiel vor allem auch die Landwirtschaft gehört? Herr Direktor Zipfel verkennt diese Möglichkeit nicht. Zur obigen Feststellung in einigem Widerspruch — er ist unser aller Dilemma! — sagt er an anderer Stelle: «Werke, welche eine Steigerung der inländischen Güterversorgung mit einem erhöhten Arbeitseinsatz verbinden, stellen deshalb heute und in naher Zukunft — abgesehen von den Anlagen der Landesverteidigung — die idealsten Objekte der Arbeitsbeschaffung dar.» Oder: «Aber auch eine gewisse Autarkiepolitik

— wenigstens im landwirtschaftlichen Sektor — werden wir in Zukunft nicht ganz entraten können.»

Werden wir dieses Dilemma meistern oder wird uns der Verlauf des Krieges und der Nachkriegszeit zur Meisterung des Problems zwingen, das Direktor Zipfel selber wie folgt umschreibt? «Hier ein tragbares Verhältnis zwischen landwirtschaftlicher Autarkie und den Notwendigkeiten unserer Exportindustrie herbeizuführen, wird eine der schwierigsten Aufgaben volkswirtschaftlicher Planung (!) in der Nachkriegszeit sein.» (Von diesem Gesichtspunkt aus erhält ein anderer Satz an anderer Stelle des Zwischenberichtes einen Sinn, den man ihm vielleicht an jener Stelle nicht gibt oder geben möchte: «Solange der Kräftebedarf der Landwirtschaft nicht befriedigt ist, wird der Staat keine grösseren Arbeitsbeschaffungs-Aktionen einleiten dürfen.»)

Dass das schweizerische Arbeitslosenproblem, wie es im Zwischenbericht an anderer Stelle noch einmal heisst, «auf die Dauer in erster Linie durch eine Ausweitung unserer Aussenwirtschaft gelöst werden muss», ist bei den jetzigen Verhältnissen ein logischer Schluss, aber trotzdem nur ein frommer Wunsch, besonders im Hinblick auf die Zukunft. Denn man kann nicht unbedingt, wie dies Herr Direktor Zipfel tut, voraussetzen, «dass die künftige Friedensordnung, von welcher Seite sie immer kommt, den grundsätzlichen Versuch einer internationalen Arbeitsteilung darstellen wird». Es ist denn auch zu begrüssen, dass trotz der begreiflichen grundsätzlichen Einstellung von Herrn Direktor Zipfel, der selber aus einer exportfrohen und -freudigen Industrie kommt, ein sehr breiter Raum seines Arbeitsbeschaffungs-Programms der Binnenwirtschaft gewidmet ist (Hotelsanierung, Förderung der Landwirtschaft und Innenkolonisation, Landesplanung, Ausbau des Verkehrs in allen seinen Formen, Wasserbau, das heisst Kraftwerkprogramme, Seeregulierungen, Flusskorrekturen usw., Meliorationen, Wald- und Forstwirtschaft).

Im besondern Hinblick auf die Binnenwirtschaft kann dann aber auch die Arbeitsbeschaffung nicht ausschliesslich als Lückenbüsser gedacht werden. Die Hotelplanung und andere Arbeiten müssen durchgeführt werden, auch wenn es in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren keine Arbeitslosigkeit gibt. Der Satz, wonach «keine zusätzlichen Arbeitsbeschaffungs-Massnahmen des Bundes zur Anwendung gelangen dürfen, solange auf irgendeinem Gebiete der Wirtschaft noch Mangel an Arbeitskräften besteht», bedeutet nicht nur, wie Direktor Zipfel selber sagt, einen gewissen Widerspruch, sondern eine Unmöglichkeit.

Das binnenwirtschaftliche Ziel und in vielen Fällen auch die Mittel, das «verfügbare Material», sind immer da. Die Binnenwirtschaft, als der allzeit greif- und fassbare Teil unseres Staatswesens, muss in ihrer wirtschaftlichen Ausstattung fortschreitend — koste es, was es

wolle! — auf eine höhere Stufe gebracht werden. Oft werden wir sogar nur durch diese Förderung die Voraussetzungen für die Aussenwirtschaft schaffen können. *Hier kann und soll Planwirtschaft im striktesten Sinne betrieben werden.* Gerade das Planen auf diesem Gebiet kann uns einen Teil jener Freiheiten zurückgeben, die wirklich Freiheiten sind (was beim « freien » Export nicht immer der Fall ist!).

Mit der Formel, dass die Arbeitsbeschaffung « zusätzlich », das heisst ein Lückenbüsser sei und sein soll, kommt man nicht aus. Produktive Arbeitsbeschaffung ist, wie die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände richtig sagt, fast immer nicht zusätzlich. Produktive Arbeitsbeschaffung ist eben Planwirtschaft oder sollte es sein! Die blosse Tatsache, dass die Arbeitsbeschaffung auf lange Sicht gedacht ist (5 bis 15 Jahre), stempelt sie zur Planmässigkeit. Da hilft alle Wortkunst nichts. Wenn man dies bestreiten will oder nicht gelten lässt, so entstehen lediglich Widersprüche, wie sie aus den nachfolgenden Zitaten zu ersehen sind. In der Einleitung zum Zwischenbericht heisst es auf Seite 10, in den Zeilen 14/18: « Es kann schliesslich auch nicht übersehen werden, dass die staatliche Arbeitsbeschaffung nur dort zum vollen Erfolg führte, wo der Staat von zentraler Stelle aus die gesamte Wirtschaft unter seine Kontrolle nahm und souverän diejenigen Massnahmen anordnete, die ihm zur Erreichung der Vollbeschäftigung notwendig erschienen. » Unmittelbar darauf folgt der Satz, es könne nicht unsere Aufgabe sein, gegen « elementarste Grundsätze unserer Verfassung, die föderalistische Struktur des Landes », zu verstossen, weshalb die zuerst als Voraussetzung des vollen Erfolges bezeichnete « zentrale Leitung » abgelehnt wird. Schon allein die Tatsache, dass in gewisser Hinsicht auch die Privatwirtschaft in die Planung einbezogen ist, macht die Arbeitsbeschaffung zur Planwirtschaft. Es heisst in diesem Zusammenhang unter anderm: « Die Koordination erstreckt sich sowohl auf die ordentlichen als auch auf die ausserordentlichen Arbeiten und Aufträge des Bundes, der Kantone und der Gemeinden und, soweit dies technisch durchführbar ist, auch auf diejenigen der Privatwirtschaft. Zu ihrer Durchführung sind verschiedene Massnahmen getroffen oder in Aussicht genommen. » In bezug auf die Arbeitsvergebungs-Politik wird gesagt: « Es ist deshalb geplant, auch eine Kontrolle der Unternehmungen einzuführen, die von der öffentlichen Hand Aufträge erhalten. » Im besondern Hinblick auf die Bautätigkeit und die Bauvorhaben lesen wir, dass « kurzfristige Anhaltspunkte » nicht genügen: « Eine weitblickende Arbeitsbeschaffungs-Politik setzt auch die Kenntnis der langfristigen Entwicklungstendenzen voraus. » Weitere Zitate: « Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nur möglich, wenn der Staat mit dem ganzen Gewicht der öffentlichen Arbeiten und Aufträge

einer drohenden Krise entgegentritt. Soll in Zukunft eine derartige Politik der öffentlichen Arbeiten betrieben werden, so müssen wir in der Lage sein, die Entwicklung der Konjunktur, vor allem in der Bauwirtschaft, auf einige Zeit vorauszusehen...»
«Die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand hat, worauf wir bereits mehrfach hingewiesen haben, die unausweichliche Folge, dass sich die staatliche Sphäre und die Zentralgewalt des Bundes immer weiter ausdehnen auf Kosten der freien Wirtschaft und der souveränen Kantone.»

Wir können Herrn Direktor Zipfel das Kompliment nicht vorenthalten — es wird ihn vielleicht innerhalb seiner vier Wände sogar freuen —, dass sich die Frage, ob sein Arbeitsbeschaffungs-Programm Planwirtschaft ist, gar nicht stellt. *Es ist selbstverständlich ein Stück Planwirtschaft, falls das von ihm aufgestellte Rezept auch wirklich zur Anwendung gebracht wird.*

Uebrigens ist ja auch der Text des Bundesratsbeschlusses vom 29. Juli 1942 über die Regelung der Arbeitsbeschaffung in der Kriegskrisenzeit eindeutig, indem er sagt, dass der Bund einen «Gesamtplan» aufstellt, dass ihm die ordentlichen und ausserordentlichen Arbeiten und Aufträge des Bundes, der Kantone, der Gemeinden sowie anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Verbände und Unternehmen einzuordnen sind, dass der Plan «auf lange Sicht» aufzustellen «und den veränderten Verhältnissen fortlaufend anzupassen und nach Massgabe seiner Durchführung zu ergänzen ist». In all dem liegt nicht nur Arbeitsbeschaffung.

> Auf einem langen Wege sind wir von der blossen Notstandsarbeit über die produktive Arbeitslosenunterstützung zu einem erklecklichen Stück Wirtschaftsplanung, ja sogar in den Vorhof der Konjunkturpolitik gelangt.

Auf das schöne Bild fällt lediglich ein Schatten, wenn man auf die

Finanzierung

zu sprechen kommt. Zwar ist auch hier Herr Direktor Zipfel erfreulich aufgeschlossen, indem er offen ausspricht, dass «zu einer weitblickenden Arbeitsbeschaffungspolitik in zweiter Linie eine planmässige Finanzierung gehört». Es werden in diesem Zusammenhang Ziffern angegeben, auf die Beträge aus den Lohnausgleichskassen hingewiesen (siehe den nachfolgenden Artikel «Die gesetzlichen Grundlagen der Arbeitsbeschaffung»), die Leistungen von Bund, Kantonen, Gemeinden aufgezählt usw.

Wir geben zu, dass das Thema ungemütlich wird, sobald man von der Finanzierung spricht. Man kann bei systematischer Arbeitsbeschaffung und der Bekundung des Willens zur vollen Beschäf-

tigung « um jeden Preis » zu Summen und Beträgen, Ansprüchen und Leistungsforderungen gelangen, die das ganze Wirtschaftssystem in Frage stellen, das heisst die Frage rechtfertigen, ob die Rettung unserer freien Wirtschaft durch Arbeitsbeschaffung diese freie Wirtschaft nicht so teuer zu stehen kommt, dass ihr die ganze Sache keinen rechten Spass mehr macht. Kann es nicht geschehen, dass schliesslich nur noch der Name der freien Wirtschaft bestehen bleibt, dem man gewaltige Opfer zu bringen hat, ohne für die Allgemeinheit das herauszuholen, was man vielleicht herausholen könnte, wenn man auf den schönen Namen verzichten und das Kind beim vollen Namen nennen, das heisst ohne schöne Worte volle Planwirtschaft betreiben würde?

Mit der sogenannten « Initialzündung », für die ja die Arbeitsbeschaffung letzten Endes doch gedacht ist, kann es eben in der kapitalistischen Wirtschaft seinen Haken haben. Man zündet und zündet, das heisst man setzt immer höhere Beträge ein, aber es zündet nicht. Man hat dies in USA. gesehen, wo ganz ungeheure Beträge in die Wirtschaft « gepumpt » wurden, ohne dass damit die grosse Rettung eintrat, so dass schliesslich Leute die ebenso indiskrete wie zeitgemässe Frage stellten, « ob der Staat auf die Dauer sich so gewaltig verschulden kann, ohne die bestehende Wirtschaftsform zu ändern »? In seinem Artikel « Die staatliche Arbeitsbeschaffung in der Schweiz » weist Dr. Gawronski mit Recht auf diese wunden Punkte hin, das heisst er stellt nach der Erwähnung der verschiedenen Formen der Aufbringung der Mittel fest, dass der Zwischenbericht nicht sagt, wer die Kosten schliesslich trägt, das heisst wie die für die Arbeitsbeschaffung aufgenommenen Anleihen zurückbezahlt werden.

Prof. Böhler hat in seiner Rede an der ETH.-Tagung dieses Thema ebenfalls angeschnitten und sehr vorsichtig behandelt, das heisst er hat betont, dass die staatliche Nachfrage, die durch die Arbeitsbeschaffung vorübergehend an die Stelle der ausfallenden Privatnachfrage tritt, eine zusätzliche Nachfrage und Beschäftigung auslösen und nicht bloss eine Nachfrage- und Beschäftigungsverschiebung herbeiführen dürfe. Dies wäre, so sagt er, nur dann der Fall, wenn die Arbeitsbeschaffungsausgaben « expansiv » finanziert würden, das heisst nicht durch neue laufende Steuern, sondern durch Kredite oder höchstens aus Erträgnissen schon bestehender Steuern. Er kam zum Schluss, dass die Amortisation solcher Kredite auf alle Fälle erst in der nächsten Aufschwungperiode erfolgen dürfte.

Und wenn die nächste Aufschwungperiode auf sich warten lässt? Die nächste Aufschwungperiode steht nämlich nicht immer in unserer Macht. Es kann geschehen, dass wir national dort eine Initialzündung vornehmen, wo es gar nicht brennen kann, da die Krise international ist. Was der Delegierte für Arbeits-

beschaffung bei seinen Berechnungen über die aus den Lohnausgleichskassen frei werdenden Mittel sagt, kann für die « Mittel » überhaupt gelten: « Die nachstehenden Berechnungen gehen von der Annahme aus, dass die Mittel der Lohnersatzordnung für die Dauer des Arbeitsbeschaffungs-Programms zur Verfügung stehen; sollte diese Annahme nicht zutreffen, so muss das Programm, wenn nicht andere Mittel flüssig gemacht werden können, entsprechend reduziert werden. »

II. International.

Da die Wirtschaft der Schweiz stark exportabhängig ist, spielen natürlich internationale Ursachen von Wirtschaftskrisen eine grosse Rolle, ja man kann fast sagen, dass Wirtschaftskrisen in der Schweiz in den meisten Fällen Ausläufer oder Rückwirkungen von Krisen in andern Ländern bzw. von internationalen Krisen sind. Die internationale Bekämpfung von Krisen ist deshalb für die Schweiz von grösster Wichtigkeit.

Sind internationale Krisen schon bekämpft worden, und wie sind sie bekämpft worden? Ein erster Versuch wurde im Zusammenhang mit der grossen Weltwirtschaftskrise nach dem Jahre 1929 gemacht. Die Erinnerungen und Erfahrungen aus jener Zeit sind alles andere als ermutigend. Was für viele andere Probleme gilt, gilt auch für jenes der internationalen Krisenbekämpfung. Es hat nicht daran gefehlt, dass man innerhalb des Apparates des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes die richtigen Prognosen stellte und die richtigen Rezepte vorschlug. Hingegen blieb die ganze Sache meistens bei den Regierungen hängen. Insbesondere hat man damals in internationalen Kreisen richtig erkannt, dass das Problem ein zweiteiliges ist: Ein Problem der Arbeitsbeschaffung und im engen Zusammenhang damit ein Problem der Währungspolitik. Unser Freund Woytinsky, der Meister des grossen Werkes « Die Welt in Zahlen », der nun in USA. sitzt und dort beim Ausbau der amerikanischen Sozialgesetzgebung eine bedeutende Rolle spielt, hat sich damals — wenigstens theoretisch — mit grossem Erfolg für die These eingesetzt, dass Arbeitsbeschaffungs- und Kreditbeschaffungspläne nur in internationalem Massstab tragbar und ungefährlich sind. Im Zusammenhang mit seinen zu jenem Zeitpunkt für Deutschland ausgearbeiteten nationalen Arbeitsbeschaffungs- und Finanzierungsplänen betonte er ausdrücklich, dass er « den internationalen Weg als die einzige theoretisch und praktisch einwandfreie Lösung des Problems betrachtet ».

In diesem Zusammenhang regte denn auch der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes im Verwaltungsrat im Jahre 1931 Arbeitsbeschaffungspläne an. Gleichzeitig wurden bei dieser und andern Gelegenheiten Pläne einer internationalen Währungs- und Kreditpolitik in die Debatte geworfen.

Soweit man die verschiedenen Instanzen sowie Unter- und Nebenkommissionen des Europa-Ausschusses, der Wirtschaftskommission des Völkerbundes, der Verkehrs- und Transitkommission, der Kommission für das Arbeitslosenproblem, des Komitees für Kreditprobleme, des Wirtschaftlichen Koordinationskomitees usw., überhaupt auseinanderhalten kann, haben sich damals mehr als zehn Stellen mit diesen Plänen befasst bzw. ihre Beglaubigung und Bearbeitung einander mit so viel Akkuratesse zugeschoben, dass der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in einem Jahresbericht sagte, die Arbeiterschaft « könnte vielleicht ungeduldig werden », und alle diese Vorkehrungen könnten « Menschen mit kritischem Geist zu einem Lächeln veranlassen ».

Es ist unnütz und praktisch wertlos, den Urteilen und vor allem den Ausreden aller dieser Instanzen im einzelnen nachzugehen. Der Gesamteindruck lässt sich dahin zusammenfassen, dass die Summe der Erwägungen und Einwände dieser Körperschaften dem vollgerüttelten Mass ihres schlechten Willens oder — wenn man milder sein will — der Summe der Unmöglichkeiten gleichkommt, auf die sie beim leisesten Versuch der Erzielung wirklich praktischer Resultate stiessen. *Die Unmöglichkeiten häuften sich in dem Masse, als man sich der Finanzierungsfrage näherte.* Als schliesslich all die Anregungen bei dem von der Organisation für Verkehrswege und Transit eingesetzten Studienkomitee für öffentliche Arbeiten und nationale Ausrüstung landeten und dieses Komitee beschloss, direkt an alle europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbundes sowie an die Sowjetunion und die Türkei heranzutreten und sie aufzufordern, in Einzelheiten gehende Pläne aufzustellen und zu unterbreiten, trafen nur Antworten von etwa einem Dutzend Länder ein, und zwar, wie lakonisch berichtet wurde, « hauptsächlich von Ländern Osteuropas ». Positive Antworten: Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Finnland, Griechenland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Polen, Rumänien, Jugoslawien. Negative Antworten: Grossbritannien, Schweden, Sowjetrussland. Sehr wichtige Länder antworteten demnach überhaupt nicht oder negativ!

Bei der Einschätzung dieses Resultats muss man bedenken, dass das Komitee von den Regierungen « konkrete Vorschläge » verlangte, die es dann unter dem Gesichtspunkt der « Nützlichkeit und Rentabilität der in Aussicht genommenen Arbeiten » prüfen sollte. Wenn man von der bei der Durchführung dieser Erhebung vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes gemachten Feststellung ausgeht, wonach « vom internationalen finanziellen und industriellen Charakter dieser Arbeiten ihre Wirkung für die allgemeine Wiederankurbelung der Wirtschaft abhängt », und wenn man diese Tatsache mit der gleichzeitig gemachten Aeusserung ergänzt, dass « die gegenwärtige Lage sich in keiner Weise ändern wird, wenn die Unterzeichner von Anleihen gebeten werden, ihr Geld für isolierte Länder zur Verfügung zu stellen, deren finanzielle und politische

Lage sie beunruhigt», so ist damit alles gesagt! Beizufügen wäre höchstens noch, dass, nachdem das Komitee etwa 20 dieser Pläne, die zuvor von Berichterstattern gründlich bearbeitet worden waren, geprüft und zum Teil schon gutgeheissen hatte, der Internationalen Arbeitskonferenz zur Gedächtnisauffrischung ein neuer Beschluss unterbreitet werden musste, demzufolge «sofort eine Konferenz von bevollmächtigten Vertretern der Regierungen einberufen und mit der Aufstellung einer Liste grosser internationaler wirtschaftlicher Ausrüstungsarbeiten sowie mit der Organisierung der Finanzierung und der Sicherung der sofortigen Ausführung beauftragt werden soll». Dieser Beschluss wurde jedoch in seiner ursprünglichen Fassung nicht einmal angenommen, sondern als zu weitgehend befunden und dahin abgeändert, dass lediglich «rechtmässig autorisierte Regierungsvertreter beauftragt werden sollen», diese Schritte sofort zu unternehmen.

Dieser erste Versuch einer begrenzten internationalen Zusammenarbeit gibt uns erst einen richtigen Begriff davon, wie weit wir von einer gesamtwirtschaftlichen europäischen Zusammenarbeit noch entfernt sind. Dies, trotzdem die meisten der in Frage kommenden Länder im Grunde genommen schon längst wissen mussten, wie erspriesslich und für alle Teile «rentabel» gerade eine solche Zusammenarbeit sein konnte.

Das Thema ist damals wie heute das gleiche: 1. Ausgleich zwischen dem agrarischen Osten (Balkan) und dem industriellen Westen Europas; 2. Internationale Finanz- und Kreditpolitik.

Schon damals hat Churchill gross und richtig gesehen, wobei er in seiner forschen Weise seine vorher betriebene rabiate Deflationspolitik durch ein Pater peccavi erledigte und konsequent die entsprechenden Schlüsse zog. Im Zusammenhang mit dem Geld- und Goldproblem sagte er damals, dass er eine internationale Aktion «als die einzige Hoffnung betrachte», um «eine Weltkatastrophe zu vermeiden, im Vergleich zu der alles, was wir bis jetzt erlebt haben, ein Kinderspiel ist». Er führte weiter aus: «Nicht lokale, sondern Weltkreditausweitung ist nötig. Ich schlage deshalb vor, dass wir uns auf die ausschlaggebende Frage der internationalen Aktion konzentrieren, und ich setze mich für eine internationale Konferenz ein, die die Deflation zu einem Ende bringen soll.»

Es hat Churchill, wie er selber sagte, «wie ein Schlag getroffen», als ihm der Schatzkanzler mitteilte, dass eine solche Konferenz nicht in Frage komme.

Die von ihm vorausgesagte «Weltkatastrophe, im Vergleich zu der alles, was wir bis jetzt erlebt haben, ein Kinderspiel ist», ist inzwischen eingetreten.

Was aber geschieht für die Zukunft? Die in England und USA. bis jetzt bekannt gewordenen Währungspläne sind nicht dazu

angetan, uns optimistisch zu stimmen. Sie haben mit grundsätzlichen Aenderungen, die hier allein helfen können, nichts zu tun, sondern laufen lediglich in hergebrachter Weise darauf hinaus, dass die Länder, von denen sie ausgehen, versuchen, einen Zipfel der Währungsdecke zu erwischen und sie womöglich zu sich selber hinüberzuziehen. Sie sehen nicht darnach aus, als ob sie auch nur jenen orthodoxen Zielen dienen könnten, denen zufolge es überhaupt keine gesunde internationale Wirtschaftspolitik geben kann, nämlich ohne ein einigermassen stabiles Preisniveau, das allein eine gewisse Stabilität der Produktion und damit der Beschäftigungsmöglichkeiten gewährleisten kann.

Auf diesem Gebiet wurden allzeit die grossen Unterlassungssünden begangen. Sie reichen weiter zurück als die seinerzeitige Wiedereinführung oder nachherige Preisgabe des Goldstandards. Die im Jahre 1922 in Genua abgehaltene internationale Wirtschaftskonferenz stellte an die Spitze ihrer Empfehlungen die prinzipielle Forderung, dass den Währungen aller europäischen Länder « ein gemeinsamer Standard » — und zwar den damaligen Umständen entsprechend der Goldstandard — zugrunde gelegt werden soll. Darüber hinaus sollte vor allem dafür gesorgt werden, dass « der Kredit nicht nur im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Währungen auf pari reguliert wird, sondern auch im Hinblick auf die grösstmögliche Verhinderung ungesunder Schwankungen in der Kaufkraft des Goldes ». Dass sich die Konferenz von Genua solche Ziele setzte, gleichzeitig aber ausdrücklich feststellte, « *dass die Bewegungs- und Handlungsfreiheit der Notenbanken in keiner Weise behindert und für die Verfolgung dieser Ziele keine bestimmten Regeln aufgestellt werden sollen* », ist i h r e Unterlassungssünde.

Eine Notenbankpolitik, die die Kaufkraft des Geldes auch nur relativ stabil zu erhalten versucht, ist nicht erreichbar, solange jede einzelne Notenbank isoliert die Wechselkurse stabil zu erhalten hat. Eine Geld- und Kreditpolitik, die sich zur Aufgabe setzt, die Kaufkraft des Geldes stabil zu erhalten, *wäre in vollkommener Weise nur bei einer einheitlichen internationalen Währung und nur durch eine Vereinheitlichung des Notenbankwesens der Welt möglich.* Selbst jene sehr u n v o l l k o m m e n e Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes, die heute schon bei Fortbestand der nationalen Währungen denkbar wäre, würde ein sehr enges Zusammenwirken der Notenbanken nötig machen!

Die Konferenz von Genua hat im Hinblick auf die Begünstigung der Praxis dauernder Zusammenarbeit der Zentralbanken sowie der den Kredit regulierenden Banken der verschiedenen Länder empfohlen, « dass die Bank von England eingeladen werden soll, sobald als möglich eine Sitzung derartiger Banken einzuberufen, die die von der Konferenz angenommenen Empfehlungen prüfen und den respektiven Regierungen Empfehlungen für die Annahme einer internationalen Währungskonvention unter-

breiten soll». Die Experten der Konferenz von Genua stellten sich vor, dass auf Grund der Durchführung ihrer Empfehlungen eine Periode stabiler Preise eintreten bzw. dass eine «internationale Aktion» zu einer Stabilisierung des Preisniveaus führen werde. *Die Regierungen haben es jedoch unterlassen, auch nur die bescheidenste der Empfehlungen der Konferenz von Genua durchzuführen und zu diesem Zweck wenigstens eine internationale Konferenz einzuberufen.* Die Empfehlungen der Konferenz von Genua müssen deshalb immer wieder unterstrichen werden. Und es müssen, solange der Goldstandard noch irgendwie massgebend ist, wenigstens Massnahmen gefordert werden, damit sich das Gold nicht in gewissen Ländern untätig aufhäuft bzw. dass die Erweiterung oder die Einschränkung von Kredit *nicht von der Menge des vorhandenen Goldes, sondern von den Bedürfnissen der Völker abhängig gemacht wird.*

Eine Resolution des Internationalen Arbeitsamtes hat damals im dargelegten Zusammenhang die Lausanner Konferenz gebeten, auf die direkt interessierten Regierungen einzuwirken und ihnen die Dringlichkeit einer definitiven, von den allgemeinen Interessen der Weltwirtschaft diktierten Lösung nahezubringen: «In Verbindung mit der Lausanner Konferenz soll eine Sitzung von Bevollmächtigten aller Staaten einberufen werden, um die allgemeinen Probleme des Geldes und des Kredits zu regeln und ein internationales Geldsystem einzuführen, das die unbedingt erforderlichen Qualitäten der Stabilität aufweist.» Auch diese Fassung wurde jedoch verwässert und lautete schliesslich bei der Annahme lediglich noch dahin, dass sich die Staaten «ins Einvernehmen setzen sollen», um die allgemeinen Probleme des Kredits und der Währungen zu regeln und «die Grundlage» eines internationalen Währungssystems zu legen, das die unbedingt erforderlichen Qualitäten der Stabilität aufweist.

> *Die ganze Angelegenheit ist dann bald durch aktuellere Themen abgelöst worden, das heisst wir befanden uns bald mitten in jener Entwicklung, die infolge des Zögerns mit wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen zur deutschen Aufrüstung und damit zum Weltkrieg führte.*

Dass sich das Internationale Arbeitsamt noch im Jahre 1937 mit der Arbeitsbeschaffung in Krisenzeiten befasste, bedeutete lediglich ein bescheidenes Nachspiel.

Es gilt, nach dem Kriege aufs neue dort anzuknüpfen, wo die Fäden früher abgebrochen worden sind. Das Thema ist bekannt, und die Lösungen sind bekannt. Ist ein dritter Weltkrieg nötig, um sie endlich durchzuführen?